Beschlussbuch zur Juso-Vollversammlung am 1. Juni 2018

- Herbert-Wehner-Saal -

Inhaltsverzeichnis: **Seite:**

A1	Leitantrag	2
A2	Ankerzentren schaffen Probleme, keine Lösungen	5
A3	Impulspapiere	6
A4	Digitalisierung an Hochschulen	9
A5	Langzeitstudiengebühren im Teilzeitstudium	13

A1
AntragstellerInnen: Vorstand der Jusos Dresden

Leitantrag

Die Vollversammlung der Jusos möge beschließen und an die
Landesdelegiertenkon- ferenz der Jusos Sachsen weiterleiten:

Auf allen Ebenen sprechen wir von der Erneuerung der SPD. Auch wir Jusos
Dresden wollen unseren Beitrag dazu leisten. Nach verschiedenen Treffen mit euch,
konnten wir einige Forderungen herausarbeiten, die euch und uns wichtig für diesen
Prozess sind.

Mehr Digitalisierung wagen
Die Zukunft der Gesellschaft ist digital. Um in dieser Zukunft eine relevante Rolle zu
spielen, müssen wir uns mit diesem Thema verbands- und parteiintern intensiv ausei-
nandersetzen – einerseits für unsere politische Agenda und andererseits für unsere
interne Arbeitsweise.
In einer digitalisierten Gesellschaft werden auch in Zukunft zwischenmenschliche In-
teraktionen in der analogen Welt passieren. Wir begreifen digitale Werkzeuge im Be-
sonderen als unterstützend für unsere politische Arbeit. Zur Umsetzung dieser unter-
stützenden Funktion arbeiten wir eng mit der auf dem Stadtparteitag neu
gegründeten AK Technik zusammen.
Mittelfristig streben wir ein digitales Informations- und Wissensmanagement an. In
diesem sollen einerseits Protokolle und Tagesordnungen von Arbeitstreffen,
Vorstandssitzungen sowie Vollversammlungen gepflegt werden und andererseits
unsere politische Arbeit nachhaltig dokumentiert werden. Nur wenn wir es schaffen
unsere internen Informationen auch digital an die nächste Generation zu
übermitteln, werden wir es schaffen kontinuierlich und qualitativ die nächste
Generation von Politiker*innen aufzubauen. Über den archivarischen Ansatz hinaus
möchten wir digitale Möglichkeiten zum themenbezogenen inhaltlichen Austausch in
einem moderierten Rahmen geben.
Klar ist für uns außerdem, dass Wahlen und Abstimmungen ohne Unterstützung digi-
taler Werkzeuge stattfinden, um ein transparentes Verfahren zu garantieren.
Neben dem Aufbau dauerhafter interner digitaler Werkzeuge, wollen wir nach außen
zusätzliche digitale Interaktionsmöglichkeiten anbieten. Neben den bereits existieren-
den SocialMedia-Kanälen umfasst dies ein Ausbau der Funktionalität der Homepage
bspw. durch eine Veranstaltungsplanung und einer öffentlichen Dokumentation
unserer Arbeit. Wenn es sich anbietet, möchten wir klassisch analoge
Veranstaltungen wie Podiumsdiskussion auch in Form einer öffentlichen
Videokonferenz testen.

Große Zukunftsfragen beantworten

Es liegt an uns, der SPD zu zeigen, wo es inhaltlich hingehen soll. Wir wollen eine
Zukunftsvision für unsere Gesellschaft entwickeln - auf Bundesebene genauso wie
Landes- und kommunaler Ebene. Unsere Zukunftsvision muss einerseits Ängste
nehmen (Globalisierung, Digitalisierung, …), andererseits darf dies jedoch nicht nur

ein Reagieren auf globale Veränderungen sein, sondern muss eigene Gestaltungsansätze liefern.

Die Dresdner Jusos wünschen sich eine klare Abgrenzung von der CDU auf Bundesebene. Wir wollen inhaltliche Forderungen, die nicht von vorn herein auf eine Koalition abzielen. Wir müssen uns nicht nur für die schlechten Aspekte von Hartz IV entschuldigen, wir müssen auch ein Verbesserungsangebot liefern indem wir soziale Kernfragen aufrufen und Antworten erarbeiten. Deshalb werden wir uns intensiv an den anstehenden Diskussionen innerhalb der SPD beteiligen.

In Dresden wollen wir ein Kommunalwahlprogramm erarbeiten, dass darlegt, wie wir in der Zukunft in unserer Stadt zusammenleben wollen.

Mehr Beteiligung und Transparenz

Wir wollen, dass alle Mitglieder die Möglichkeit haben, sich einzubringen. Digitale Angebote zu schaffen ist ein erster Schritt. Darüber hinaus müssen wir prüfen, wie große inhaltliche Debatten und Anträge vorbereitet werden. Leitanträge zum Beispiel sollten rechtzeitig vor den Parteitagen vorliegen, sodass sie mit einer großen Zahl an Mitgliedern diskutiert werden können. Auch beim Sammeln von Ideen für große Anträge sollen nach Möglichkeit viele Mitglieder einbezogen werden.

Unsere Mandatsträger*innen sollen Beschlüsse der Partei und damit unsere Mitglieder ernst nehmen, auch wenn sie lediglich ihrem Gewissen verpflichtet sind.

Transparenz ist ebenfalls wichtig, damit sich unsere Mitglieder ernst genommen fühlen. Deshalb sollen von parteiöffentlichen Veranstaltungen (Sitzungen, Diskussionsveranstaltungen etc.) Berichte oder Protokolle allen Mitgliedern zugänglich sein.

Projekt- und themenbezogene Arbeit

Viele Mitglieder haben nur begrenzt Zeit und wollen sich vor allem inhaltlich oder praktisch beteiligen. Gerade junge Mitglieder lassen sich eher begeistern, wenn sie zu konkreten Themen oder Projekten arbeiten können. Deshalb sollen auf verschiedenen Ebenen der Partei Themen- und wenn möglich Projektgruppen entstehen, in denen sich Mitglieder und Interessierte austauschen und zusammenarbeiten können.

Junge Menschen ernst nehmen

Die sächsische SPD ist, was ihre Mitglieder angeht, eine sehr junge Partei. Deshalb ist es wichtig, dass junge Mitglieder auch ernst genommen werden. Dazu zählt die Unterstützung bei Kandidaturen für Ämter und Delegationen oder Wahlen.

Es muss außerdem möglich sein, mit alten Mustern zu brechen, wenn diese nicht funktionieren.

Um junge Menschen außerhalb der Partei für uns zu begeistern, müssen wir im öffentlichen Raum präsent sein, politische Bildung an den Schulen verstetigen und Themen, die junge Menschen interessieren besetzen.

Die Jusos werden verstärkt an ihrer Doppelstrategie arbeiten und sich in Bündnissen beteiligen und mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten.

Außerdem wollen wir lockere Angebote zum Socializen etablieren.

Die SPD auf Bundesebene

Schon vor dem nächsten Wahlprogramm soll die SPD allgemeine große Leitlinien erarbeiten, damit den Menschen wieder klar wird, wofür wir stehen.

Auch strukturell muss die SPD einiges verbessern. In der Fläche braucht es mehr hauptamtliche Strukturen, damit die SPD dort auch zukünftig gute Arbeit leisten kann. Außerdem soll die SPD eine Vernetzung zwischen den Ost-Landesverbänden schaffen, da diese besondere Probleme zu meistern haben.

Posten nach Kompetenz besetzen, mit Wettbewerb und Vorstellen

Die SPD soll ihr Bekenntnis zu Diversität auch leben. Deshalb wollen wir, dass Posten innerhalb der SPD und Listen für Wahlen zukünftig unter anderem jünger, weiblicher und mit mehr Menschen mit Migrationshintergrund besetzt sind.

Nichts desto trotz, sollen natürlich Kompetenzen und Motivation ausschlaggebend für Wahlen sein. Wir finden, dass Wahlen etwas gutes sind und scheuen deshalb auch nicht vor so genannten "Kampfkandidaturen" zurück. Es ist wünschenswert, dass sich Kandidierende bei möglichst vielen betroffenen Ortsvereinen, und AGs vorstellen.

A2
AntragstellerIn: Julia Hartl & Paolo Le van

Ankerzentren schaffen Probleme, keine Lösungen

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an SPD-Stadtratsfraktion und den Unterbezirksvorstand der SPD Dresden weiterleiten:

Die Jusos Dresden fordern die SPD-Stadtratsfraktion und den Unterbezirksvorstand dazu auf, sich kommunal und auf Landesebene gegen ein Ankerzentrum in Dresden bzw. Sachsen einzusetzen.

Anstatt populistische Wahlkampfprojekte der sächsischen CDU und der CSU zu folgen und Scheinlösungen auf den Rücken geflüchteter Menschen durchzusetzen, sollte die SPD lieber die bestehende Strukturen stützen. Außerdem muss die aktuelle Situationen in den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie die Qualität der Asylverfahren verbessert werden.

A3
AntragstellerIn: Vorstand der Jusos Dresden

Impulspapiere

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und in Form von Impulspapieren an die Programmkommission weiterleiten:

Mobilität - Dresden Zukunftsstadt

Die SPD Dresden soll nicht nur die Partei des ÖPNV sein, sondern neben höheren Investitionen in ÖPNV und Radwegen mehr Anreize schaffen, um vom Auto auf Bus, Bahn und Rad umzusatteln oder zu Fuß zu gehen. Mobilität ist nicht nur ein umweltpolitisches, sondern auch ein soziales Thema, das die Lebensqualität in unserer Stadt steigern kann. So sind neben dem Ausbau von sicheren Radwegen im Sinne des Radverkehrskonzepts sowie barrierefreien Fußwegen folgende Punkte anzugehen oder Ideen dazu zu entwickeln:

- Steigerung von verkehrsberuhigten Bereiche (Spielstraßen)
- Einrichtungen von Shared Space Bereichen
- Bessere Anbindung des ländlichen Raums durch mehr wie höher getaktete S-Bahn-Verbindungen und Radschnellverbindungen
- Erhöhung innerstädtischer Parkgebühren
- Mehr Fahrradbügel, anstelle von Autoparkplätzen - nicht nur bei Neubau, sondern auch bestehende Stellplätze umwidmen
- Parkplätze in den angrenzenden Ortschaften, von wo aus mit Bahn oder Fahrrad gut in die Stadt gefahren werden kann - Kombiticket Parken, Bahn fahren
- kommunales Bildungsticket (landesweites kommt nicht zustande!?)
- Lösung für Tarifzonenproblem Dresden/Radebeul finden
- Überlegung zur Kaufprämien für E-Bikes
- Erste-Hilfe-Kästen für Fahrräder in der Stadt (Luftpumpen, Werkzeug, Flicken und Schlauchautomaten) durch Kooperation mit Unternehmen, z.B. vor Konsumfilialen
- Reform der Stellplatzverordnung – Aktuell ist es notwendig, dass für neu gebaute/renovierte Häuser eine Mindestzahl an Stellplätzen bereitgestellt wird oder diese durch eine Strafzahlung „abgelöst“ werden. Dies ist einerseits nicht im Sinne einer grünen Stadt, da ein Mangel an Parkplätzen auch zum Umstieg auf den ÖPNV führt (siehe bspw. Zürich[1]). Außerdem führt sie zu der absurden Situation, dass vor Wohnheimen bspw. ein Haufen ungenutzer Stellplätze zur Verfügung gestellt werden müssen.

Verwaltung

Viele unbesetzte Stellen in der Verwaltung hindern die Arbeit der Stadt. Diese Lücken müssen geschlossen werden. Dafür sollen Ideen entwickelt werden zu:

1 https://www.zeit.de/mobilitaet/2018-05/zuerich-fahrrad-freundlichkeit-verkehr-verleihvelo-problem/komplettansicht

- den Ausschreibungen, Ansprüchen und Bezahlung seitens der Stadt
- den Ausbildungsplätzen der Stadt

Kultur

Dresden schmückt sich als Stadt der Hochkultur. Wir wollen darüber hinaus kleine Kultur- und Kunstangebote fördern. Unter anderem durch:

- mehr öffentliche Graffitti-Flächen
- Open Airs legalisieren
- Kultur-Stadtteilzentren schaffen
- Nachtruhe vs. Abendveranstaltungen lockern (besonders Neustadt + Campus)

Wohnraum

Auch in Dresden wird bezahlbarer Wohnraum knapp. Deshalb wünschen wir uns:

- Azubi-Wohnheime
- bei Neubau Grünflächen mitplanen und Fassadenbegrünung fördern

Jugend

Junge Menschen sollen wissen, weshalb es sich lohnt, in dieser Stadt zu leben. Deshalb wollen wir:

- Platz für Jugend, Skateflächen/Graffitti-Flächen etc.
- Sportplätze öffnen für Freizeitsport

Zusammenleben/Integration

Unsere Stadt ist definitiv nicht frei von Konflikten. In den nächsten Jahren gilt es vor allem:

- Gentrifizierung begegnen
- Ehrenamt fördern (Finanzierung, finden erleichtern)
- mehr politische Bildung und Diskussionsräume auch für Erwachsene zu schaffen
- eine klare Kante gegen Rassismus, Homophobie und andere Diskriminierungen zu zeigen

Innere Sicherheit

Wir wollen nicht, dass gewisse Stadtteile als Kriminalitätsschwerpunkte deklariert werden und deshalb Freiheitsrechte oder persönliche Rechte eingeschränkt werden. Deshalb fordern wir:

- keine Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen

Infrastruktur

- mehr kostenlose Trinkwasserbrunnen und qualitativ hochwertige öffentliche Toiletten (Beispiel Alaunpark)

Damit alle Menschen in Dresden an der Digitalisierung teilhaben können, wollen wir:

- Ausbau der „letzten Meile“ durch kommunale Gesellschaft
- offenes Dresden-WLAN - Hotspots usw.

Umwelt

Unsere Stadt erschließt neue nutzbare Grünflächen wie den Südpark. Darüber hinaus wünschen wir uns:

- Urban Gardening fördern

A4
AntragstellerIn: Aurobindo Munikoti & Matthias Lüth

Digitalisierung an Hochschulen

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, den Landesparteitag der SPD Sachsen und die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

Seit der Einführung einer ersten sachsenweiten eLearning-Plattformen 2001 und der seit 2003 gesetzlich möglichen Durchführung von Lehrveranstaltungen in ausschließlich digitaler Form,[2] konnte nur schleppend ein digitaler Wandel an sächsischen Hochschulen wahrgenommen werden. Trotz der geschaffenen Möglichkeiten mangelt es an digitalen Angeboten für Studierende von Lehrerenden, um Lehrinhalte sowohl tiefer als auch breiter zu vermitteln. Es bedarf Reformen auf verschiedenen Ebenen, beispielsweise zur Unterstützung der Lehrenden aller Bildungsniveaus, um das deutsche Hochschulbildungssystem zu digitalisieren und damit zu verbessern.

Nichtsdestotrotz ist anzuerkennen, dass viele kleine Projekte entstanden sind und gefördert wurden. Diese noch junge digitale Graswurzelbewegung benötigt weitere finanzieller, organisatorische und administrative Unterstützung, um sie zu hochschulübergreifenden Projekten zusammenzuführen und langfristig erfolgreich zu gestalten.

Anforderung an schulische Bildung und Übergang zur Hochschule

Die Grundlage für die Hochschulbildung bilden Vorkenntnisse aus der Schule. Die Vorbereitung auf eine sich digitalisierende Welt mittels Schwerpunktsetzung auf Methoden-Kompetenz in der Schule ist somit zwingende Voraussetzung für die geforderte digitale Hochschulbildung. Inhalte hierfür sollen bereits früh beginnend vermittelt werden und fächerübergreifende Anwendungsfälle bieten.

In Bezug auf die Nutzung von Software darf dabei nicht nur an einem bestimmten Betriebssystem für bestimmte Software ausgebildet werden. Wichtiger ist die allgemeine Kompetenz Software-Produkte zu erschließen und selbstständig zu erlernen. Diese ermöglichen einen zwanglosen und kritischen Umgang mit neuer Software und vereinfachen die zu erlangende Softwarekompetenz im Studium. Die Nutzung von Open-Source-Software bietet dazu die notwendigen ersten Schritte, um eine kritische Auseinandersetzung mit neuer Software zu fördern.

Besonderer Fokus liegt hierbei auch bei der Förderung von Frauen* in Wissenschaft und Lehre. Dazu sollen die bis dato vorhandenen Anwerbungsplattformen wie „Komm mach MINT“ ausweitet werden. Darüber hinaus soll der Unterricht mit der Software sexismusfrei sein und keinerlei „klassische Rollenbilder“ propagieren, sondern Grundlage für eine moderne Gesellschaft bilden.

[2] Überarbeitung der Sächsische Dienstaufgabenverordnung an Hochschulen (Juni 2001, Inkrafttreten Februar 2003): Ermöglichung virtueller Lehrveranstaltungen, inkl. Anrechnung auf die Lehrverpflichtung

In Studiengängen aller Fachrichtungen gibt es inzwischen die Möglichkeit Module zu belegen, die Programmierkenntnisse vermitteln oder voraussetzen. Hier sollte zusätzlich zum Umgang mit fertigen Software-Produkten bereits eine Grundlage in der Schule geschaffen werden. Spätestens der Besuch einer weiterführenden Schule soll allen Schüler*innen Programmierkenntnisse vermitteln. Hier steht ebenso wie bei der Software-Ausbildung die Kompetenz im Vordergrund selbstständig Programmiersprachen zu erlernen und Parallelen zwischen unterschiedlichen Programmiersprachen zu nutzen.

Software-Lizenzen

In der Vergangenheit waren die Hochschulen bestrebt, sowohl ihre Lehre als auch ihre Verwaltung digitaler zu gestalten. Es ist selbstverständlich, dass Lizenzen der Softwareprodukte, die in der Lehre durch die Studierenden eingesetzt werden sollen, den Studierenden unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, dies trifft im Besonderen auf kostenpflichtige CAD-Software oder Software zum Unternehmensmanagement zu. Für die Studierenden in Sachsen werden jedoch auch zusätzliche Lizenzen, bspw. für proprietäre Textverarbeitungs- oder Tabellenkalkulationsprogramme zur Verfügung gestellt, obwohl es gute Open-Source-Alternativen gibt. Es muss Auftrag des Freistaates Sachsen sein, Open-Source-Software finanziell zu unterstützen sowie ideell und personell zu fördern. Ziel soll es sein in allen relevanten Anwendungsfällen sehr gute Open-Source-Lösungen zu ermöglichen. Eine Landeslizenz für Microsoft Office oder ist hier offenkundig kontraproduktiv.

Bibliotheken, Open Access und Open Educational Ressources

Wir fordern den Ausbau und die Förderung des freien Zugangs zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem kulturellen Erbe nach dem Prinzip des *Open Access*. Dabei unterstützt wir ausdrücklich die *Berliner Erklärung* aus dem Jahr 2003[3] und fordern alle Hochschulen auf diese zu unterzeichnen sowie ihre Wissenschaftler bei der Open-Access-Publikation und der Erstellung von Open Educational Ressources zu unterstützen.

Öffentlich finanzierte Forschung und Lehre muss der Öffentlichkeit auch kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

In einer Welt des Open Access und der Open Educational Ressources kommt Bibliotheken eine neue Funktion hinzu. Erscheint die eigentliche Aufgabe der Bereitstellung von Wissensressourcen in dieser Welt überflüssig, wird die bereits vorhandene Aufgabe der Qualitätssicherung nun jedoch stärker in den Mittelpunkt gestellt. Durch die kriterienbehaftete Auswahl von bestimmten Büchern und Zeitschriften haben Bibliotheken nichts anderes als nutzerorientierte Qualitätssicherung betrieben. Diese Rolle muss zusätzlich gestärkt und unterstützt werden. Im Weiteren müssen Bibliotheken den Umgang mit kostenpflichtigen elektronischen Verlagsangeboten überdenken, da häufig im Gegensatz zu Print-

3 https://openaccess.mpg.de/Berliner-Erklaerung

Ausgaben nur zeitlich begrenzte Nutzungsrechte eingekauft werden, die beim Auslaufen von Verträgen verfallen.

Sehr zu begrüßen ist, dass aus öffentlichen Drittmitteln finanzierte Forschungsprojekte (bspw. von der Deutsche Forschungsgemeinschaft – DFG) bereits heute unter Open Access veröffentlicht werden sollen. Dies muss durch zusätzliche dauerhafte Finanzierungen für Publikationsgebühren und Verpflichtungen über Zielvereinbarungen zusätzlich vorangetrieben werden.

Digitale Selbstverwaltung und individueller Schutz

Die Digitalisierung bietet Hochschulen enorme Chancen interne Abläufe im Rechnungswesen, dem Raum- oder Studierendenmanagement effizienter abzubilden, so dass lange Schlangen vor dem Prüfungs- oder Immatrikulationsamt vermieden und Antragsverfahren verkürzt werden können. In der digitalen Hochschule sollen für routinemäßige Verwaltungsvorgänge digitale Formulare für mobile und stationäre Clients zur Verfügung stehen. Im Fokus dieser Anwendungen steht die Benutzerfreundlichkeit und Funktionalität.

Trotz der offenkundigen Vorteile, die die Gestaltung einer digitalen Administration mit sich bringt, sind die Grundsätze des Datenschutzes und der Datensicherheit einzuhalten. Wir fordern deswegen eine außerordentlich sparsame elektronische Erfassung, Verarbeitung und Weiterverwendung von personenbezogenen Daten, inkl. Bewegungs- bzw. Metadaten. Es ist im Einzelfall bei der Einführung eines jeden elektronischen Vorgang zu betrachten, welche Daten wie erhoben, verarbeitet und gespeichert werden. Dabei ist insbesondere dauerhaft zu betrachten, welche Missbrauchspotentiale anfallen. Die Erfahrung von großen privaten wie öffentlichen Anbietern zeigt leider, dass alle Daten, die anfallen, auch anderweitig verwendet werden.

Wo und wie wird Lehre stattfinden?

Weder Buchdruck noch Radio und Fernsehen haben Hochschulveranstaltung in ihrer klassischen Form aus Vorlesung und Seminar bzw. Übung ändern können. Die meisten Lehrveranstaltungen an Hochschulen im Besonderen in den ersten Semestern bestehen aus einem Dozierenden, der seine Inhalte vorträgt – teilweise unterstützt durch Tafel oder Beamer, seltener Versuchsanlagen. Jedes Jahr werden die selben Grundlagenveranstaltungen mit den selben Inhalten angeboten – ohne große Veränderungen.

Digitale Möglichkeiten, die weit reine Video- oder Audio-Formate hinaus gehen, bieten die Möglichkeit Lehrinhalte der ersten Semester granular aufzubereiten und ermöglichen die gegebenenfalls notwendige Aktualisierung granularer Teileinheiten.

Tatsächlich wären solche Veranstaltungsformate seit 2003 von der Sächsische Dienstaufgabenverordnung an Hochschulen abgedeckt. Leider finden sie noch viel zu wenig Anwendung. Als ersten Schritt fordern wir die explizite Erfassung virtueller Lehrveranstaltung. Im zweiten Schritt das Schaffen von Anreizen für zukunftsorientierte Dozierende durch höherwertige Anrechnung digitaler Veranstaltungsformate auf das Lehrdeputat als bislang durch Vorlesungen. Ziel soll

es sein, Grundlagenvorlesungen durch eine Kombination unterschiedlicher Medien und wenigen Konsultationen zu ersetzen. Die klassischen Übungs-, Seminar-, Praktikumsformate bleiben bei diesem drastischen Einschnitt zunächst unberührt.

Nano-Degrees

Nano-Degrees bieten ein neues Potential für die Umsetzung des Bologna-Prozesses. Durch eine formale Standardisierung und Berücksichtigung im Akkreditierungswesen bietet sich mit Nano-Degrees die Möglichkeit orts- und zeitunabhängig zu studieren bzw. bestehende Studienprogramme mit externen Inhalten zu ergänzen. Die durch den Bologna-Prozess vorangetriebene Anerkennungspraxis durch die Einführung formal einheitlicher Module könnte hier ebenso Anwendung finden. An den Hochschulen müssen die Verfahren zur Anerkennung von externen Studieninhalten jedoch deutlich verbessert werden – sowohl bei der reinen Leistungsanerkennung an sich sowie deren Bewertung. Konkret kann dies durch eine bessere Vernetzung der Hochschulen und der Fakultäten innerhalb des europäischen Hochschulraums unterstützt werden. Bei der Anerkennung kann somit die Plausibilitätsprüfung unvoreingenommener und fairer geschehen, ohne Studieninhalte anderer Länder zu diskreditieren.

Bislang sind Nano-Degrees meist kostenpflichtige und von privaten Anbietern. Bildung, ebenso wie die digitale Bildung sind jedoch Aufgabe des Staates. Es ist somit klar Aufgabe der staatlichen Hochschulen Nano-Degrees für die internationale Allgemeinheit anzubieten.

Studentische Selbstverwaltung und studentische Rechte

Treiber einer modernen Hochschule mit digitalen Veranstaltungsformaten sind die studentischen Interessenvertreter*innen in den akademischen Gremien der Hochschulen. Die Autonomie der Hochschulen darf nicht durch zu starke Eingriffe von außen gefährdet werden, um dennoch einen ausreichend schnellen digitalen Wandel zu erreichen, ist zwingend eine Stärkung der studentischen Gruppe in allen Gremien notwendig – Vorbild ist hier die gut funktionierende paritätische Besetzung der Verwaltungsräte der Studentenwerke.

A5
AntragstellerIn: Matthias Lüth

Langzeitstudiengebühren im Teilzeitstudium

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

Unabhängig von unserer grundlegenden Ablehnung von Studiengebühren fordern wir, das Sächsische Hochschulfreiheitsgesetz in §32 Abs. 7 zu ändern in:

Soweit ein Studiengang nach der Studienordnung in Teilzeit studiert werden kann, soll bei seiner Organisation den besonderen Bedürfnissen von Teilzeitstudenten Rechnung getragen werden. Im Teilzeitstudium verlängern sich die Fristen nach den §§12 Abs. 2, 33 und 35 Abs. 3 bis 5 entsprechend.